



Biwöchlicher Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr. außerhalb incl.  
Postz. 2 Thlr. 15 Sgr. — Inserationsgebühr für den Raum einer  
einzelnen Seite in Heftsschrift 2 Gr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-  
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag  
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 433. Morgen-Ausgabe.

Biwöchentlicher Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 17. September 1873.

## Die neue Verfassung der evangelischen Kirche.

Die Selbstständigkeit der Kirche ist in der Theorie gewiss ein ganz auerkennerwerther Grundsatz, aber mitunter ist doch der Wunsch gerechtfertigt, daß der Staat, d. h. die gesetzgebende Gewalt nicht ganz bei Seite gehoben wird. Den neuen Synodalordnungen liegt, genau genommen, der Begriff der Selbstständigkeit der evangelischen Kirche zu Grunde; der König als oberster Bischof hat sie in Übereinstimmung mit dem Oberkirchenrat und dem Minister für die geistlichen Angelegenheiten — also in Übereinstimmung mit rein kirchlichen Behörden, denn auch der Minister ist es in diesem Zusammenhang — erlassen; die Staatsgewalt ist dabei ganz ohne Stimme und ohne Rat geblieben. Nur bezweifeln wir hierbei, ob die Reformatoren die Selbstständigkeit der Kirche gerade in diesem Sinne aufgefaßt haben; wir meinen im Gegenthell, daß es ein Hauptvorzug und eine Hauptgrundlage der Reformation war, den Gemeinden das Recht der Mitberathung und Mitwirkung zurückzugeben. Die Anerkennung und Ausübung des Gemeinderechts gehört also unseres Erachtens zum Begriff der Selbstständigkeit insbesondere der evangelischen Kirche. Wollte man also dem Landtage als einer rein staatlichen Körperschaft die neue Verfassung nicht vorlegen, so müsste, meinen wir, durch eine konstituierende Generalsynode den Gemeinden Gelegenheit gegeben werden, ihr Urtheil abzugeben. Das ist nicht geschehen: die neuen Ordnungen sind octroyirt worden; sie sind Gesetze für die evangelische Kirche, denn auch die später einzuberufende Generalsynode hat, wie wir uns nach einer genaueren Lection überzeugt haben, nur über ihre eigene Institution nicht auch über die Kreis- und Provinialsynoden ein Gutachten abzugeben. Das sie, wenn sie dem Landtage vorgelegt worden wären, trotz des Herrenhauses anders ausgesessen sein würden, bedarf wohl keiner weiteren Ausführung. Besuch der Kostenbewilligung muß man allerdings den Landtag noch davon Kenntnis nehmen lassen, jedoch an dem Inhalte selbst ist es ihm nicht gestattet, etwas zu ändern.

Die Grundlage des ganzen Gebäudes ist der Gemeindekirchenrat und die ihm zur Seite stehende Gemeindevertretung; aus ihm gehen die Kreissynoden, aus diesen die Provinialsynoden und aus diesen im Allgemeinen (abgesehen von einzelnen Bestimmungen) die Generalsynode hervor. Wäre die Wahl und Zusammensetzung des Kirchenrats eine auf freimaurerischen Grundsätzen beruhende, so würden auch die Synoden der verschiedenen Grade voraussichtlich — denn sicher wäre es auch nicht — eine liberale Gestaltung erfahren.

Ein Fortschritt ist in Bezug auf die Wahl des Kirchenrats nun allerdings zu verzeichnen; die sonderbare Vorschlagsliste des Herrn von Mühlner ist nämlich in Wegfall gekommen. Unsere Versuche in kirchlichen Gestaltungen und Einrichtungen haben ja manche eigenhümliche Specialitäten aufzuweisen; aber von allem Sonderbarsten das Sonderbarste war doch diese Vorschlagsliste. Der Geistliche nämlich stellte in Gemeinschaft mit dem Kirchen-Collegium etwa 24—30 — je nach der Größe der Gemeinden — Namen von Männern aus der Gemeinde zusammen, und nur aus diesen Männern, deren Kirchlichkeit selbstverständlich ziemlich defiliert war, durften die acht bis zehn Mitglieder des Kirchenrats gewählt werden. Man wird uns einräumen, mit größerer Vorsicht könnte man nicht gut zu Werke gehen; eine Wahl noch mehr zu beschränken, war nicht gut möglich.

Nach der neuen Verfassung haben alle selbstständigen wirklichen Mitglieder der Gemeinde das Wahlrecht, und alle Wahlberechtigten sind in die Gemeindevertretung wählbar. Nun, das wäre ja ein rechter demokratischer Grundsatz, wenn nur nicht einige kleine Bedingungen hinzukämen, die doch wieder etwas an die eben beseitigte Vorschlagsliste erinnern. Nämlich ausgeschlossen vom aktiven Wahlrecht ist „wer durch Verachtung des göttlichen Wortes oder unehrlichen Lebenswandel ein öffentliches, noch nicht durch nachhaltige Besserung gestührtes Abergern gegeben hat“ (Früher hieß es: „durch lasterhaften Lebenswandel“); die „Kreuzzettlung“ steht in dem Ausdruck „unehrbar“ einen Fortschritt, denn es können nun noch Mehrere ausgeschlossen werden). Ausgeschlossen ferner von der Wahlbarkeit, also vom passiven Wahlrecht sind alle, welche „durch beharrliche Fernhaltung vom öffentlichen Gottesdienst und der Teilnahme an den Sacramenten ihre kirchliche Gemeinschaft zu behindern ausgehört haben.“

Abgesehen von allem Neubrigen liegt in diesen Bestimmungen ein Mißtrauen gegen die Urheilsfähigkeit der Wähler. Wie die städtischen Wähler Niemanden in die Stadtverordneten-Versammlung wählen werden, von dem sie überzeugt sind, daß er sich um die Stadtverwaltung gar nicht kümmert, so werden auch von selbst die kirchlichen Wähler Niemanden wählen, von dem sie wissen, daß er kein Interesse für die Kirchengemeinde hat, vielleicht sogar ihr schadet. Das ist ja selbstverständlich, wozu also diese Bestimmungen? Und sind dies die richtigen Kriterien? Kann nicht Jemand ein recht lebhaftes Interesse für die Kirche haben, auch ohne daß er so oft den Gottesdienst besucht und so oft an den Sakramenten Theil nimmt, wie es dieser oder jener Geistliche gerade für nothwendig erachtet? Und wer entscheidet schließlich über den relativen Ausdruck „beharrliche Fernhaltung“? Der Gemeindekirchenrat, an dessen Spitze der Geistliche steht. Wer beeinflußt die Entscheidung? Der Geistliche, der es ja wissen muss, ob Einer sich vom Gottesdienst oder den Sacramenten beharrlich fernhält. Freilich steht eine Appellation frei, aber an der Vorstand der Kreissynode, in welchem der geistliche Einfluß ebenfalls überwiegt.

Man sieht, der Kirchenrat wird, nach wie vor der Vorschlagsliste, bestehen aus „kirchlich geprägten“ Männern, d. h. wie dieser Ausdruck von der Mehrzahl der Geistlichen aufgefaßt wird. Bei einer recht sorgsamen Interpretation dürfte es nicht schwer fallen, die Mitglieder des Protestantvereins auszuschließen.

Wie der Kirchenrat, so werden sich, wie bereits erwähnt, die Kreis- und Provinialsynoden gestalten, die mittelbar und unmittelbar aus ihm hervorgehen. In Bezug auf den Vorstand dieser Körperschaften ist dem geistlichen Elemente immer sorgsam Rechnung getragen.

Trotz aller Mängel der neuen Verfassung jedoch würden wir es für einen großen Fehler erachten, wenn die Wähler dem beliebten kirchlichen Indifferenzismus huldigen wollten; im Gegenthell erachten wir es für die Pflicht jedes Wählers, nicht nur, daß er sich selbst an den Wahlen beteiligt, sondern auch in seinen Kreisen, so viel an ihm ist, zur Teilnahme antrete. Denn nur dadurch ist die Möglichkeit geboten, Besseres zu erhalten und allmäßig diejenige Selbstständigkeit der evangelischen Kirche herbeizuführen, in welcher das Recht der Ge-

meinden zur Mitberathung und Mitwirkung in der weiteren Entwicklung der Kirche außer Frage gestellt ist.

## Die Jesuiten in Brasilien.

Auch in dem südamerikanischen Kaiserstaate Brasilien gehen gegenwärtig religiöse Dinge vor sich, die doch auch für uns nicht ohne Interesse sind. Es haben dort die Jesuiten freie Hand und man kann aus ihrem Vorgehen in diesem Lande sich sehr wohl eine Vorstellung davon machen, was sie bei uns Alles thun und vornehmen würden, wenn sie hier zu Lande ebenfalls nach freiem Belieben schalten und walten könnten. Federmann weiß, daß die Weisungen, die sie von oben her erhalten, derartig sind, daß sie ihnen blind und ohne Widerstreit als unumstößlichen Befehlen gehorsamen müssen, und daß alle Mittel dem Orden recht sind, um zu seinem Endziele universeller Herrschaft und Unterjochung zu gelangen.

Nun ist Brasilien aber ein völlig katholisches Land, in der Weise, daß die römisch-katholische Religion nicht blos die Staatskirche, sondern die Religion des gesamten Volkes ist. Das Reich hat zwei Erzbischöfe, elf Bischöfe, einen zahlreichen Clerus, der vom Staat besoldet wird, und eine große Anzahl von Klöstern über das ganze Land verbreitet, und es gibt wohl keinen zweiten Staat mehr, wo die Staatsgewalt sich weniger in die kirchlichen Angelegenheiten mischt als dort. Die römische Kirche herrscht dort mit despotischer Selbstständigkeit. Die Folge davon ist unter Anderem die, daß, obgleich die Landesverfassung alle religiösen Confessionen mit ihren verschiedenen Formen duldet, gleichwohl die römisch-katholische Intoleranz den andern Confessionen das Erbauen von Kirchen verbietet.

Bei alledem zeigt sich aber der brasiliensische Clerus und besonders die niedere Geistlichkeit sehr dem Staate ergeben. Große Bildung besitzt der dortige Clerus freilich nicht, aber die Geistlichen sind im Lande geboren und leben in beständigem engem Verkehr mit dem Volke, so daß ihre Abhängigkeit von Rom nirgends zum Ausdruck und Bewußtsein kommt. Sie bilden im Gegenthell eine eigentlich nationalen Kirche, und ihr Endziel ist, die Aufhebung der Choloigkeit allmäßig durchzuführen.

So standen die Dinge bis in die allerneueste Zeit hinein. Jetzt auf einmal haben die modernen ultramontanen Tendenzen auch hier geltend gemacht. Es scheint, als ob die Bischöfe neuerdings Institutionen von Rom her erhalten haben, die hauptsächlich dahin zielen, der Kirche in Brasilien ihren nationalen Charakter zu nehmen. Zu diesem Zweck bat man fremde Priester massenhaft herübergeschafft und in die Pfarreien gesetzt, und es begann die Geistlichkeit ein so herrisches Gebaren, daß sich die Regierung nachgerade genötigt sah, dieser antikirchlichen Richtung entgegenzutreten. In Europa hat der Episcopat die revolutionären Bewegungen dazu ausgebaut, um seinen reactionären Instinkten freien Lauf zu lassen. Das geht aber hier in Brasilien nicht, wo die weltliche Autorität trotz vielfacher Anlässe zum thätigen Eingreifen doch immer ängstlich jede Maßnahme bisher vermieden hat, die einen Conflict mit der Kirche hätte hervorrufen können. Da war es denn jetzt die römische Priesterschaft selbst, die nach der Verkündigung des Syllabus und der Unfehlbarkeit des Papstes in so rücksichtsloser Weise vorgegangen ist, daß schließlich der Kampf unvermeidlich geworden ist.

Ein Bischof war es, der den Streit eröffnete. „Ex informata conscientia“, ohne vorherige Untersuchung und aus freier Entschließung excommunicirte er den Decan von Recife lediglich darum, weil er Freimaurer war. Gleichzeitig weigerte er die Excommunication der Ge und das kirchliche Begräbnis für alle Freimaurer, ja er versagte sogar deren Kindern die Taufe. Dieser Gewaltact machte natürlich in Brasilien, wo diese Kirchenstrafen noch von Wirkung sind, ein großes Aufsehen, und sehr bald schon entstanden bedenkliche Unruhen in Fernambuco. Einer der Excommunicirten wandte sich an den Ministerpräsidenten, den Vicomte von Rio-Branco, der die Sache vor den Staatsräthen brachte. Dieser letztere vereinigte sich darauf zu dem Beschlusse, daß eine kirchliche Bulle nur dann Gesetzskraft im Lande habe, wenn der Kaiser seine Sanction dazu ertheilt habe, und daß demgemäß auch eine von der päpstlichen Autorität ausgehende Excommunication von bürgerlicher Wirkung nur dann sei, wenn die staatliche Genehmigung dazu gegeben worden.

Es fragt sich nun, ob der Bischof von Fernambuco und seine Gefährten gegen die Prälatenstrafe in ihrer Prätension verharren und sich fernewelt das Recht anmaßen, unabhängig von der weltlichen Obrigkeit entehrende Strafen, — denn für eine solche gilt die Excommunication noch in Brasilien, — zu verhängen. So viel scheint gewiß, daß der brasiliensische Premierminister auf ihre Provocation dadurch antworten wird, daß er die Civilie zum Geize macht, eine Maßnahme, durch welche er gerade eines der größten Prätrogativen des römischen Clerus zerstören würde. Fest steht dabei freilich, daß der Papst in einer seiner Allocutionen, woran die Neuzeit so reich ist, die brasiliensischen Bischöfe dazu anspont, in dem Kampfe, den sie unternehmen, rücksichtlos auszuhalten, und die Excommunication der Freimaurer ausdrücklich bestätigt. Zufällig ist nun aber gerade der Premier-Minister auch Freimaurer. Nach dem katholischen Kirchenrecht ist sonach der Kaiser von Brasilien selber dem Kirchenbam verfallen, dadurch, daß er einen Excommunicirten an der Spitze seiner Regierung fernewelt beläßt.

So ist nun die jüngste Situation in Brasilien diese, daß beide Parteien im Kampfe einander gegenüberstehen. Auf der einen Seite der Papst, der offen den Clerus zur Revolte auffordert und schon an mehreren Bischöfen gehörte Diener findet, unter anderen am Bischof von Bahia, der unerbittlich allen Excommunicirten jede Teilnahme an den kirchlichen Sacramenten verweigert; auf der anderen Seite dagegen die Regierung, die von allen Denen nachdrückliche Unterstützung findet, welche die kirchlichen Übergriffe nicht im Lande dulden wollen. Unmöglich kann die Lage so längere Zeit bleiben, ohne eine Krise und Entscheidung nach der einen oder der anderen Seite hin herbeizuführen.

Breslau, 16. September.

Bekanntlich war in der letzten Zeit viel von den Erspariissen die Rede, welche bei der Occupationsarmee gemacht worden sind. Die in Berlin erscheinenden „Deutschen Nachrichten“ bringen jetzt darüber folgende, wie es scheint, aus guter Quelle stammende Mitteilung: „Die Demobilisierung der Truppen der Occupationsarmee wird sofort nach der Rückkehr derselben in ihre betreffenden Garnisonen stattfinden, bei welcher Gelegenheit wie auch bei früheren Demobilisierungen den Offizieren Ressortenabstellungen gewährt

werden sollen, die je nach den Chargen verschieden bemessen sind. So sind für den Lieutenant 200 Thlr., für den Hauptmann 400 Thlr. und für die höheren Chargen entsprechend höhere Beträge in Aussicht genommen. Außerdem sollen die einzelnen Truppenteile noch Gelder zur Verfügung erhalten, um Remunerationen und Demobilisierungsgeldzuschüsse an Beamte zu gewähren zu können. Das Geld zu diesen Zuwendungen soll, wie jetzt verfügt worden, aus den Fonds genommen werden, die bei der Occupations-Armee selbst durch die geringere Präsenzstärke und durch die Erspariisse an den Nationen (man hatte z. B. statt der starken Kriegsstationen den wenig beschäftigten Pferden schon aus Gesundheitsgründen schwächer reichen lassen) erzielt worden sind. Der Kriegsminister habe diese erparten Gelder für den Militärfiskus in Anspruch zu nehmen beabsichtigt, da jedoch Seitens des Finanzministers darauf hingewiesen wurde, daß dieselben Eigentum des Reiches und insbesondere der Occupations-Armee als solcher seien, so einige man sich dahin, die Gelder im Interesse der zur Occupationsarmee gehörigen Truppen zu verwenden. Ein Drittheil der gesamten Summe soll für den oben erwähnten Zweck, ein zweites Drittheil für das Retablissement des Materials der betreffenden Truppenteile und das letzte Drittheil für einen speziellen Unterstützungs-fonds, welcher für die Invaliden und sonstigen Hilfsbedürftigen dieser Truppenteile gebildet werden sollen, verwendet werden. Man beabsichtigt, dem Reichstage seiner Zeit eine besondere Vorlage Gehuß Genehmigung dieser Vorschläge zugehen zu lassen.“

Die gesammte innere Politik in Österreich wird gegenwärtig von der Wahlbewegung absorbiert; Wahlaufzüge, Candidatelisten und Wählerversammlungen beherrschen das Terrain. Die Wahlen für das Abgeordnetenhaus finden in den verschiedenen Ländern in der Zeit vom 14. bis 28. October statt.

Ein dem auswärtigen Ministerium nahestehendes österreichisches Blatt, die „Montags-Blätter“ beschäftigt sich heute mit dem bekannten Artikel des „Preußischen Volksblatts“ über die Reise des Königs von Italien nach Berlin. Es scheint, daß der erwähnte Artikel in Wien nicht angenehm erholt hat, denn das offizielle Blatt schreibt:

„Ein Artikel des hierigen „Preußischen Volksblatt“ über die Reise des Königs von Italien ist als offiziös und mit der Bezeichnung „Original-Bismarck“ nach außerhalb telegraphiert und ihm dadurch eine gänzlich unverdiente Bedeutung beigelegt worden. Der betreffende Artikel sowie frühere Sensationsartikel desselben Blattes (über General Mantzenz, z. B.) entstammen durchaus nicht der Umgebung des Reichskanzlers, welcher denselben gänzlich fern steht und durchaus nicht geneigt sein dürfte, diese Ladung mit seiner Flagge zu tragen. Mit dem Zusammenhange der Dinge vollständig vertraut, kann ich Ihnen auf das allerbestimmteste versichern, daß der Reichskanzler sehr ungehobelt sein würde, wenn er erfährt, daß ihm derartige ziemlich geschickte aber meist unsundire oder weit übertriebene Combinationen in die Schuhe geschoben werden. Das „Preußische Volksblatt“ gehörte zwar den Hamburger Eigenblättern der Nord. Allgem. Zeit., hat aber seine eigene Redaktion, Verwaltung und Druckerei, und mit dem genannten ministeriellen Organ keinen Zusammenhang. Dasselbe hatte die Bestimmung, den sogenannten „Alconservativen“ als Organ zu dienen, nachdem diese sich von der „Kreuzzeitung“ getrennt, und, wenn auch als solches gesehen, ist seine Stellung doch bei weitem nicht derartig, um in Fragen der großen, namentlich der auswärtigen Politik, als autorisiert gelten zu können.“

Wir glauben nicht, daß die Ausführungen des österreichischen Blattes richtig sind. Unseres Wissens wird das „Preußische Volksblatt“ allerdings zu officiellen Ausfassungen benutzt; daß aber der in Rede stehende Artikel nicht blos Ansichten der Redaction des „Pr. Volksbl.“ enthält, beweist gerade den Umstand, daß das „Wolfsche Telegraphen-Bureau“ denselben auf telegraphischem Wege weiter verbreite.

Die italienische Presse zeigt sich durch den Hirtenbrief des Erzbischofs von Paris, in dem sie das Stärkste findet, was die clericalen französischen Pressen bis jetzt gegen Italien laut werden ließ, auf das Liefste verlegt. Nicht minder aufgebracht ist aber auch der römische Fiscus gewesen, welcher zwei Blätter, „Popolo Romano“ und „Voce della Verità“, mit Beschlag belegt hat, weil sie den Hirtenbrief wörtlich abgedruckt hatten. Die „Opinione“ bedauert diese Beschlagnahme, indem sie bemerkt:

„Unser Leser verlieren dadurch ein Stud clericaler Verbalismus, was Fanatismus, Lüge und Heuchelei im edlen Range gegen eine ganze Nation zusammenstoßen können. Der Erzbischof von Paris wetteifert in Anklagen und Verwünschungen gegen Italien mit der gesmeinten, wütendsten Winkelpresse und er feiert die größten Triumphen über sie.... Er und die Partei, zu welcher er gehört, können nun einmal nicht anders als in Flüchen und Verwünschungen reden und schreiben, und wir sind schon lange daran gewöhnt. Wohl aber wandern wir uns, daß der erste geistliche Würdenträger von Paris in einem offiziellen Actenstück, das der Hirtenbrief doch ist, in Frankreich eine solche Sprache führen darf, in einem Lande, wo das Equecur für minder wichtige Documente erforderlich ist, wo die Geistlichkeit vom Staaate salarisiert ist und wo sie nicht den buntesten Theil von dem, was sie gegen Italien schreiben darf, ungestraft gegen Frankreich sagen dürfen....“

Unter den Nachrichten aus Frankreich ist vor Allen die Verächtigung herborzuhaben, welche einer Depesche des Wolff'schen Telegraphen-Bureau's durch die französische Regierung zu Theil geworden ist. Ein Pariser Privat-Telegramm der „N. Z.“ vom 14. d. Mis. meldet darüber Folgendes: „Die heute hier selbst eingetroffenen Berliner Journales enthalten ein Versailler Telegramm, wonach der Herzog von Broglie in der letzten Sitzung der Permanenz-Commission gefeuert haben soll, „die französische Politik acceptire die gegenwärtige Lage in Europa bestehenden Verhältnisse und wolle keine Veränderung derselben herbeiführen.“ Ich halte für angemessen zu constatiren, daß diese ganze Phrase in Wirklichkeit vom Minister nicht ausgesprochen wurde, dieselbe ist auch in keinem der hier veröffentlichten Schätzungsberichte enthalten.“ — Briefe aus Verdun schildern den Abzug der Preußen, sowie den Einzug der französischen Truppen, welche ohne jeden Zwischenfall und in großer Ruhe von Städten ging. Die Erfindung des „Times“-Correspondenten, daß die preußische Behörde noch im letzten Augenblick eine Million Franken für die Postverwaltung beansprucht habe, wird von den officiellen französischen Blättern widerlegt; im Gegentheil habe die preußische Intendantur an Saint-Quentin am Freitag 25,000 Franken zurückgezahlt, welche für den Unterhalt der deutschen Truppen bis zum 20. September bereits im Voraus entrichtet waren, während die Räumung um fünf Tage früher erfolgte.

Wie eine Pariser Correspondenz der „N. Z.“ hervorhebt, veröffentlicht das „Univers“ häufig „von den Grenzen Deutschlands“ datirte Briefe über deutsche Angelegenheiten, die meistens ganz tolles Zeug enthalten und die ursprünglich von irgend einem Alban Stolz verfaßt sind. Ja der am 13. d. ausgegebenen Nummer figurirt auf der ersten Seite des „frümmen“ Blattes einer dieser Briefe, der gewiß deutlich genug zeigt, wie weit unsere Römlinge bereits gelangt sind. Der Correspondent des „Univers“ erzählt nämlich Folgendes:

„Ich kann dem Wunsche nicht widerstehen, Ihnen eine Neuherung zu wiederholen, welche ich dieser Tage von einem deutschen Bauern hörte. Es ist ein einfacher, wenig unterrichteter Mann, der niemals sein Dorf verlassen hat, aber ein guter Katholik. Ich fragte ihn über den Eindruck, den die Verfolgung der Kirche in seiner Umgebung mache. Er teilte mir zuwiderst einige Einzelheiten mit, die ihm eine tiefe, mit Rorn vermischt Trauer verursachten, dann fügte er hinzu: Unsere Souveräne sind gegen Gott, was können wir armen Leute da machen? — Glücklicherweise, sage ich, gehen die Souveräne vorüber, während Gott unsterblich ist. — Das ist wahr, antwortete er, und was mich anbetrifft, würde ich mich schon gedulden, wenn ich nicht sähe, wie unsere Kinder in allen Schulen vergiftet werden. Das kann auch nicht lange mehr so dauern, und ich würde sicher verzweifeln ohne die guten Nachrichten aus Frankreich. Ich frage ihn, was er darunter versteht. Man erzählt, sagt er, daß Frankreich einen katholischen König erhalten wird, daß das ganze Volk in diesem Lande betet und wallfahrtet. Wenn das wahr ist, werden wir bald einen römischen Kaiser haben und der wird schon die Welt wieder in Ordnung bringen. Ich gestebe, daß ich ihn zuerst nicht begriffen und ihm bat, seine Neuherung zu wiederholen. — Aber ja wohl, wiederholte er, wenn es einen einzigen katholischen König giebt, so ist das hinreichend, um aus demselben einen römischen Kaiser zu machen. Den haben wir nötig, um den Papst zu bestreiten und um das Recht zurück zu erlangen, unsere Kinder zu erziehen. — Sie werden begreifen, daß man so etwas nicht erfinden kann und daß diese lebendige Erinnerung an Carl den Großen mich aufs Tieftie bewegte. Der alte Bauer verstand nichts von der Politik, aber in seinen Augen ist ein römischer Kaiser ganz etwas anderes als ein Kaiser von Deutschland. Wilhelm, dessen Unterthan er ist, zählt nicht, weil er nicht katholisch ist. Ich bin überzeugt, wäre Franz Joseph in seinen Werken katholisch, der brave Mann würde ihn als römischen Kaiser bezeichnet haben, ohne sich zu erkundigen, ob er wirklich diesen Titel führt. Das was er wünscht, das was er hofft, das ist ein Richter, bewaffnet für die Sache Gottes und der christlichen Familien.“

Der Graf von Chambord, „römischer Kaiser“; „après cela il faut tirer l'échelle“, sagt das französische Sprichwort.

Von den englischen Blättern wird dem Schluß der Occupation des französischen Grenzgebietes die gebührende Aufmerksamkeit erwiesen. In dem hierauf bezüglichen Leitartikel hält es die „Times“ insbesondere für ihre Pflicht, den deutschen Truppen das Lob, welches ihnen auch in dieser Rücksicht gebühre, nicht vorzuhalten und bemerkt dabei wördlich:

„Die Deutschen sind unter der strengsten Manneszucht gehalten worden. Die Aufmerksamkeit der kommandirenden Offiziere war eine unausgesetzte und diese wurden wieder von ihren Untergebenen in einer Weise unterstützt, als ob sie sich darüber klar wären, daß ein anschließend geringfügiger Ausbruch zu beunruhigenden Folgen führen könnte. Der Beweis für ihre gute Führung liegt in dem vollständigen Mangel an Beschwerden ausgeprochen. Während des Krieges forderte die erhöhte Einbildungskraft des von der Invasion heimgesuchten Volkes die tollsten Greuelgeschichten zu Tage. Während der dem Friedensschluß folgenden Occupation haben diese Märchen sich allmälig verloren. Wenn irgend etwas vorgekommen wäre, so hätten wir sicher davon vernommen, denn an Deßenlichkeit hat es nicht gefehlt, und die Presse in den betreffenden Bezirken ist stets sehr freigiebig mit ihren Gröderungen gewesen. Es ist in der That nie eine bewaffnete Macht besser in der Hand gehalten und fester von allen Tyrannen über ein besiegtes Volk zurückgehalten worden. Auf der anderen Seite haben die französischen Behörden ebenfalls bedeutende Klugheit und Selbstbeherrschung bewiesen und auch von diesen Eigenheiten einen guten Anteil dem Volke, welches sie vertreten mitgetheilt. Der Gallier hat sich durch sein aufzufindendes Wesen nicht zu Streitigkeiten verleiten lassen, noch hat ihn die Anwesenheit der fremden Besatzung zu thörichten Acten der Nachsucht getrieben. An den meisten Orten haben die Einwohner die Absicht, mit den fremden Truppen keine Gemeinschaft zu pflegen, ausgeführt, allein sie haben damit nur gethan, was ihr gutes Recht war, und den Deutschen keinen Vorwand zu Klagen und Strenge gegeben.“

Auch der conservative „Standard“ äußert sich in sehr anerkennender Weise über die Haltung der deutschen Truppen, bemerkt jedoch, auf den französischen Charakter anspielend, man dürfe sich nicht wundern, wenn nach dem Abzug der wohldisziplinierten Truppen des Generals von Manteuffel eine neue Aufwärzung von Schreckengeschichten folge, von denen man bisher nichts gehört. „Es steht über allen Zweifel fest — heißt es im Weiteren — daß die Occupation mit einer Vermeidung alles was herausfordern konnte und mit einer Nachsicht seitens der Sieger aufrechterhalten worden ist, die geradezu ohne Beispiel dastehen, allein wie ein französisches Sprichwort sagt, der Abwesende hat immer Unrecht.“

Über die Mitglieder des neuesten spanischen Ministeriums und über das Programm des letzteren entnehmen wir einer Madrider Correspondenz der

„fr. Br.“ vom 9. d. M. einiges Nähere. „Das neue Cabinet“, heißt es in derselben, besteht aus nachfolgenden Mitgliedern: Präsident ohne Portefeuille: Castellar; Außenminister: Carbojal; Justiz: Del Rio; Finanzen: Pedregal; Marine: Díez; Krieg: Sanchez Bregua; Inneres: Maijorana; Fomento: Gil Berges; Colonien: Soler y Pla. Señor Carbojal wollte durchaus ausscheiden, und der Präsident der Executive gewalt wendete sich telegraphisch nach Sevilla, wo der Deputierte und Banquier Calzado sich eben befand, ihm das Portefeuille der Finanzen anbietet. Señor Calzado lehnte ab. Wenn man 50 Millionen Pesetas eigenes Vermögen zu verwahren hat, ist allerdings das gedachte Portefeuille heute eine zu schwere Bürde. Warum nun Carbojal, da er endlich und legitim dennoch Mitglied des neuen Ministeriums geblieben, aus dem Palaste in der Calle Alcalá nach dem ehemals königlichen — wo sich das Staatsministerium befindet — übersiedelte, ist bis zu dieser Stunde noch ein ungelöstes Rätsel. Inzwischen arbeitet Carbojal bereits an einem für alle auswärtigen Cabinets bestimmten Cirkular.

„Pedregal, als Vice-Präsident der Assemblée in weiteren Kreisen bekannt, ist ein durch Kenntnisse und Charakter gut bekannte Advocat aus Santander, welche Stadt er im Congresse repräsentirt. Wie erinnerlich, hätte er schon bei Bildung des Cabinets Pi y Margall ins Ministerium treten sollen, und demonstrierte damals die Opposition gegen ihn, indem an allen Straßenecken riesige Plakate erschienen: „Wer ist Pedregal?“ Selbstredend nicht aus diesem, sondern aus anderen Gründen nahm er damals das Portefeuille nicht an. Del Rio ist ein Advocat von Ruf aus Sevilla, der wegen seiner Rührigkeit im Schoße der Majorität gleichfalls schon bei mehreren Cabinetsbildungen in Aussicht genommen wurde. General Sanchez Bregua, der schon unter O'Donnell und später unter Prim einen hohen Posten im Generalstab einnahm, noch vor wenigen Tagen Obergeneral der Nordarmee, scheint über das jüngst berichtete, glücklicherweise nun als Intention zu den Todten geworfene Intermezzo in Logrono befriedigende Auffklärung gegeben zu haben. Die übrigen Minister sind bekannt.

„Das Regierungsprogramm, mit welchem der neuwählte Chef der Regierung vor die Kammer trat, bietet außer den in jüngster Zeit mehrfach ausgesprochenen leitenden Gedanken eine lange Reihe großer, mit ungewöhnlicher Präcision aufstrebender Maximen, die sammt und sonders die carlistische Infraction niederwerfen und die öffentliche Ordnung und die gesetzlichen Zustände im ganzen Lande als unerschütterlich verbürgen sollen. Nicht wenig bezeichnend für die selbstbewusste Entschlossenheit in diesem Programme ist das Urtheil der Alfonisten und Carlisten über dasselbe. „Selbst Gonzalez Bravo“, rufen sie schadenfroh aus, „hätte keine andere Rede halten können“, worauf die Republikaner jedoch mit Recht entgegnen, daß „ganz abgesehen von dem kategorischen Imperativ der schweren Kriegsnotthen Gonzalez Bravo für die Theokratie und den Absolutismus einstand, während Castellar unter der Standarte aller demokratischen Institutionen nur zu Gunsten eben dieser letzteren gesprochen hat und hoffentlich auch handeln wird.“

### Deutschland.

— Berlin, 15. September. [Die städtische Armenpflege. — Die Eingangssämtler. — Die kirchlichen Verhältnisse der Juden. — Die Revision des Eisenbahngesetzes.] Die durch die Reichsgesetzgebung eingeführte unbeschränkte Freizügigkeit hat jetzt ein Zeugnis ihrer hohen Brauch- und Anwendbarkeit durch die, in dieser Beziehung gewiß competente hiesige Armendirection erhalten, welche in ihrem das vorige Jahr umfassenden Berichte über die Verwaltung der städtischen Armenpflege ausdrücklich hervorhebt, daß die unbedingte Freizügigkeit selbst für die großen Städte, speciell für Berlin, nicht die von principiellen Gegnern derselben gefürchteten Nachtheile zu erzeugen, sondern in sich selbst einen Regulator zu haben scheint, indem leichtsinnige Zugläger bald den Ort, an welchem sie ihren Unterhalt nicht finden, verlassen. Insbesondere trifft dies bei Arbeitnehmern zu, die in der Hoffnung auf guten Erwerb ein neues Domizil vorübergehend begründen, aber es auch bald wieder aufgeben, wenn sie sich gesäuscht sehen. Auch der neuen Armengesetzgebung wird entschieden Lob gespendet, weil sie immer mehr eine einheitliche Entwicklung zum Vorteil der verpflichteten Armenverbände sowohl, als

der ihrer Unterstützung bedürftigen Individuen gewonnen hat, und die große Zahl der Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten in Folge mannigfacher, grundsätzlich wichtiger Entscheidungen der beherrschten Verwaltungsbehörden in Abnahme begriffen ist. — Die Frage wegen Einführung der Eingangssämtler als öffentliches Institut steht in sach- und fachkundigen Kreisen auf mannigfachen Widersprüchen, der auch dem Handelsministerium auf geordnetem Wege zur Kenntnis gebracht worden ist. Namentlich können sich die, viele Arbeiter beschäftigenden Kreise mit jenen Verätern nicht vereinigen, weil sie gleichsam den Kampf der Arbeitnehmer als einer Partei, mit den Arbeitgebern, als der andern Partei darstellen. Die Eingangssämtler könnten, nach der dort vertretenen Ansicht, nicht eher eine Wirklichkeit haben, als bis die Arbeiter und Arbeitgeber eine feste Organisation habe in sich selbst gehabt haben, in welcher sich jedes Mitglied verpflichtet, den Gesetzen der Gesamtheit zu gehorchen. Ohne diese Organisation würden sich nur Notbehelfe für vorübergehende Missstände sein. Aber selbst diese Organisation wäre nicht wünschenswert, weil ihre Consequenz die Entwicklung eines Arbeiterstandes wäre, der als Stand politische Geltung zu erlangen suchen muß und sich in Folge dessen von den übrigen abschließe, auch leicht einen Feudalismus des Arbeiterstandes herbeiführen kann. Man mag nun über diese Ansicht denken wie man will, Hervorhebung verdient sie jedenfalls. — In den Ministerien der geistlichen Angelegenheiten und des Innern hat sich massenhaftes Material für die Revision der die kirchlichen Verhältnisse der Juden in den acht alten Provinzen des preußischen Staats betreffenden Gesetzgebung angehäuft, indem von den Bevolligten vielerlei Dienstschriften und Anträge vorliegen. Die Be- und Verarbeitung dieses Materials ist schon seit längerer Zeit im Gange, und es läßt sich daher annehmen, daß schon in der nächsten Session den beiden Häusern des Landtages eine darauf bezügliche Vorlage zugehen wird. Das Gesetz vom 23. Juli 1847 führt eigentlich schon seit einem Vierteljahrhundert ein nur künstliches Dasein, und es ist ja bekannt, daß 1849 schon die damaligen Minister der geistlichen Angelegenheiten, des Innern und der Justiz (bekanntlich keine Liberalen) das in Rede stehende Gesetz für nicht mehr in Kraft stehend erklärt hatten und seine Anwendbarkeit nur für die Civilstandsverhältnisse gelten lassen konnten. — Man nimmt an, daß das Reichs-Eisenbahn-Amt bald eine Revision der bestehenden Eisenbahn-Gesetzgebung veranlassen und auf diesem Gebiete die längst gewünschte Einheit herbeiführen werde. Namentlich bedarf das preuß. Eisenbahngesetz vom 3. Nov. 1838 vielfach der Revision, zumal es zu einer Zeit entstand, da Preußen nur eine einzige, 3½ Meilen lange Eisenbahn, die von Berlin nach Potsdam, hatte. Den damaligen Anschauungen getreu, abmet es einen streng föderalistischen Geist und hat das Bestreben, die Eisenbahnen der Staatskasse dienstbar zu machen. Besonders hat sich der damalige Postchef, Nagler, ein wunderbar und beschränkter Gegner der Eisenbahnen, ganz besondere Vortheile für das von ihm geleitete Institut ausbedungen. Trotz aller Mängel und Schwächen hat sich das Gesetz bis jetzt behauptet, während man mit der Zeit doch andere und bessere Erfahrungen gemacht hat. Freilich enthalten die jetzt erscheinenden Concessions-Urkunden auch noch allerlei Einschränkungen und Verzüglichungen, an deren Abhängigkeit wird gedacht werden müssen.

■ Berlin, 15. September. [Die Hierherkunft Keudells und der Unterstaatssekretärposten. — Herr von Balan. — Der italienische Besuch und Fürst Bismarck. — Die Wahlgewalt in den Rheinlanden. — Fortschritts-Candidat für Graudenz. — Geistlicher Abgeordneter für Berlin. — Dr. Michaelis. — Schulze-Delitzsch. — Moritz Tolay.] Die Übereitung des Einladungsschreibens Kaiser Wilhelms an Prince Emanuel durch den Postchafier von Keudell steht in keinem Zusammenhang mit der Reise des Letzteren nach Berlin. Herr von Keudell hat einen Urlaub erbeten und erhalten, ohne daß seine Begewart während des Besuches des Königs von Italien an unserem Hofe als opportun erachtet wurde. Ebenso wenig steht die Hierherkunft des Herrn von Keudell mit der Belebung des Unterstaats-Sekretär-Postens in Verbindung, wie trotz der offiziösen Widerrufung von anderer Seite

### Stadt-Theater.

„Martha“ von Flotow.

Das Hauptinteresse der Kritik konzentrierte sich diesmal auf Herrn Busmann, nicht sowohl deswegen, weil seine letzte Leistung der selten schwierigen Aufgabe eines Almaviva gegenüber als unzureichend sich erwies, sondern weil ein junger Tenor in der an dieser Stimmgattung so blutarmen Neuzeit stets mit Recht das Prerogativ auf eingehendere Beachtung beansprucht.

Das welche, angenehm flingende und auch biegsame Organ, wie die ganze Persönlichkeit weisen Herrn Busmann die rein lyrischen Tenorpartien eines Lyonel, Gomez, Tamino u. a. als das Feld seiner künftig vielleicht reich erfolgreichen Thätigkeit an. Er gebietet schon über eine respectable Höhe, die er anscheinend ohne Kraftanstrengung benutzt, das männlich-Charaktervolle der Stimme zeigt sich jedoch bei dem jugendlichen Alter des Sängers vorläufig erst in einer beschränkten mittleren Tonlage, wie es überhaupt der ganzen Stimme noch an intensiverer Stärke und leidenschaftlicher Schwung — nicht zu verwechseln mit dem fehlhaften Tremolieren — gebricht. Die Aussprache ist nicht ganz frei von Härten, im Übrigen läßt sich aber dem Vortrag der sentimentalsten Stellen eine gewisse Einfachheit und Herzlichkeit wohl nachfühlen, was denn auch den Erfolg der beliebten F-dur-Arie begründet. Von seinem Spiel können wir zur Zeit nichts Anderes berichten, als daß es durchaus primitiv Natur ist. — Ob nun bei diesem exzellenten Nebeneinander von Vorzügen und Schwächen gerade die Breslauer Bühne als die geeignete Arena erscheint, um aus der Ansängerin zum Künstler sich zu entwickeln, bezweifeln wir zunächst an dieser Stelle lediglich im Interesse des Herrn Busmann.

Die Coloraturen des Fal. Hysel empfahlen sich wiederum durch Correctheit, Leichtigkeit und Glätte der Ausführung, in der Darstellung gestalt uns allerdings die Martha ungleich besser, als die Lady Harriet, von welcher wir noch seine Tournure und pointierte Diction wünschten. Wenn auch der Individualität des Fal. Borsig die anmutige Drillerie des Nancy nicht grade zusagt, so verstand sie doch neben einer vorzüllichen musikalischen Leistung durch Lebendigkeit des Spiels den Zuschauer über das hinwegzuhelfen, was sie trotz aller Künstlerschaft sich nie wird zu eigen machen können. Über das hochzrothe Jagdtheater, verschloß es nicht gegen alle Kleiderordnung? Wie einfach war dagegen eine andere Amazonen — in der Düsseslau!

Durch mehr Munterkeit und Laune wurde Herr Robigek, welcher sonst die Plumket-Partie gewandt und namentlich im Porträtierte mit glänzender Verve durchführte, der vom Dichter so glücklich gezeichneten Figur zu wesentlich höherer Wirkung verhelfen, wohingegen Herr Weiß vor allen Dingen den Lord Tristan Miceliß als verliebten, eingebildeten Aristokraten, der aber die Freierjahre längst im Rücken hat, auffassen mühte, um den Intentionen des Librettisten nahe zu kommen.

In spezifisch musikalischer Beziehung fanden wir diesmal etwas zu erinnern, was wir an die Adresse des Herrn Kapellmeisters Müller

gelangen lassen müssen. Es betrifft dies die richtige Klangwirkung der Ensemblesäße. Wenn wir z. B. ein Quartett haben, in welchem Alt und Bass durch so voluminöse Organe vertreten sind, wie solche Fri. Borse und Herr Robigek besitzen, so müssen die Künstler, welche auf Scene stehen und in der Polyphonie schwer die Wirkung ihrer und der nachbarlichen Stimmen beurtheilen können, aufmerksam gemacht werden, wann sie hervorzutreten haben oder zurückzuhalten sollen, damit sich nicht eine Mittel- oder Grundstimme auf Kosten der melodieführenden breit macht. Die Nichtbeachtung dieses Erfordernisses hat bei der letzten Aufführung den häbischen Quartetten erheblichen Eintrag.

Die Chorstellen ließen ein sorgfältiges Arrangement vermissen und daß das Orchester in dieser heiteren Oper so verstimmt war, daß uns aufrichtig leid.

Faust nicht, — drückte er sich an die Wand und schob sich leise hinaus.

„Herr Bürgermeister, der Marshall kommandiert, Sie zu sprechen.“ sagte der eintretende Offizier.

Der Bürgermeister erhob sich und folgte stumm dem Befehl, wenn auch sein treues Herz in der Brust sich widersetzt.

Als er bei dem Herzog von Contades eintrat, fand er ihn in geistiger Ruhe beim Frühstück. Keine Muskel seines Gesichts verriet eine innere Bewegung.

„Schafft mir einen zuverlässigen, aber verheiratheten Mann, Bürgermeister, den ich als Boten nach Herford zum Herzog von Britsac senden kann, aber gleich!“

Dann gab er ihm ein Zeichen, daß er entlassen sei.

Schrader wußte zwar, daß die Aufgabe nicht leicht zu erfüllen, denn die guten Minden-Ravensberger haben sich immer ausgezeichnet durch Ehrlichkeit, Biederkeit und Treue. Sie dienten keinem Franzosen, und wäre es um alle Schäze der Welt, wenn nicht ein Befehl dazu zwang.

Auf dem Rückwege besann sich Schrader hin und her, wen er dem Marshall als Boten senden könnte.

Da begegnete ihm der Schiffer Jobst Heinrich Lohrmann, ein Münsterer Bürger von der Fischerstadt; er war Matrose gewesen und hatte auf seinen Reisen die englische und französische Sprache erlernt. Den sieht die Gott, dachte Schrader, das ist der Mann zu solcher Sendung, denn er wußte, daß dieser sich lieber hängen lassen würde, als an seinem Vaterlande zum Verräther werden, wenn man etwa einen solchen Dienst von ihm verlangen sollte.

Der Bürgermeister teilte ihm den Befehl Contades mit.

„Nein, Herr Bürgermeister,“ sagte Lohrmann mit Entschluss, „der mag sich einen andern Boten suchen.“

„Freund, weißt du nicht, bedenk, der Feind ist in unserer Stadt, und weil ich Euch vertraue, dachte ich an Euch. Ihr versteht französisch, das kann uns nützen, aber vor Allem lasst es Euch nicht merken, Lohrmann, und geht.“

„Na,“ sagte er dann, als er einen Augenblick sinnend dagestanden, „mehr als den Kopf kann's mir nicht kosten, denn meine Ehre, Herr Bürgermeister — die nehme ich mit in's Grab; wie es auch kommen mag, und Weib und Kind gebe ich in Gottes und in Euren Schutz.“ — und ging zum Marshall.

Contades war mit der Wahl des Boten zufrieden, er ließ einen Beamten kommen, der ihm als Dolmetscher bei seinem Auftrag dienen sollte und dem Lohrmann begeisterlich machen müsse — daß er — ein Paar Schuhe an den Herzog von Britsac zu bringen habe, wonach die von der Stadt Herford zu liefernden 2000 Paar für die Armee angesetzt werden sollten.

Das war, was man ihm sagte und was er hören sollte, aber Lohrmann hörte mehr, auch das, was nicht für sein Ohr bestimmt war;

mit einer gewissen Hörnäigkeit behauptet wird. Herr von Kelln stand schon seit 6 Wochen außerhalb der Combination. Ein anderer Diplomat durfte im Augenblicke bereits designirt sein, doch wird über die Wahl noch ein erklärlches Stillschweigen beobachtet. Man fürchtet nämlich eine Wiederholung der unangenehmen Einwirkung an eigentlich maßgebender Stelle, wo der Reichskanzler noch keinen entscheidenden Schritt für die Bestätigung seines Candidaten zum Posten des Unterstaatssecretärs gethan haben dürfte. Schekerten doch die Bewerbungen des Herrn von Balan an der ablehnenden Haltung des Königs, für die nur äußere Gründe, namentlich die publicistische Behandlung der Angelegenheit vorlagen, und zu deren Bestätigung vom ersten Bismarck nichts beigetragen wurde. — Fürst Bismarck lebte seinen Freunden gegenüber die Einstufnahme auf den Besuch des Königs von Italien am hiesigen Hoflager ab. Dies hat selbst auf offiziöser Seite zu der Annahme geführt, daß die Herkunft des Reichskanzlers zur Zeit der Anwesenheit Victor Emanuels nichts weniger als gewiss sei. Dem wird von unterrichteten Personen widersprochen. Der diplomatische Apparat ist auf italienischer Seite in Bewegung gesetzt worden, und es wäre eine Verleugnung der conventionellen Rücksichten, wenn dem Marquis Visconti Venosta ein Stellvertreter des diesseitigen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten entgegen gestellt würde. Jedensfalls wird Fürst Bismarck gute Gründe haben, wenn er dem Gerüchte von dem bevorstehenden Abschluße eines Schutz- und Freundschaftsvertrages mit Italien ein entschiedenes Dementi geben läßt. Bezeichnend ist es, daß in seiner Umgebung dem österreichischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Andrássy, das Verdienst beigemessen wird, den italienischen Besuch am Wiener und Berliner Hof herbeigeschafft zu haben. — Die hiesigen Mitglieder des national-liberalen Landesausschusses beklagen sich lebhaft darüber, daß in der Rheinprovinz die Parteigenossen den Klerikalen gegenüber jede Rücksicht vermissen lassen. Da die Fortschrittspartei trotz ihrer größeren Rücksicht in den meisten Bezirken den insgeheim von einigen Landräthen patronisierten Klerikalen gegenüber für sich allein zu schwach ist, so wird man sich nicht wundern dürfen, wenn die Wahlen in vorwiegend katholischen Bezirken demnächst ausschließlich klerikal ausfallen. Die Fortschrittspartei hat in einigen Wahlbezirken sich allerdings den Klerikalen gegenüber organisiert. Um die Organisation auch in anderen zu fördern, ist im Auftrage des hiesigen Central-Wahlcomites der Delegierte desselben für die Rheinprovinz, Abg. Eugen Richter, nach jener Provinz abgereist mit dem besondern Auftrage, in denjenigen Kreisen die Verhandlungen zu fördern, welche auf ein Zusammenswirken der Fortschrittspartei mit den National-liberalen gegen die Klerikalen angewiesen sind. — Aus Brandenburg verlangen liberale Wähler von hiesigen Führern der Fortschrittspartei die Aufführung eines Candidates ihrer Partei für den Wahlbezirk Marienwerder-Rosenberg-Graudenz an Stelle des bisherigen Abg. Stadtrath v. Hennig, dessen Wiederwahl zweifelhaft geworden ist. Bekanntlich widersetzt der frühere Abg. Prediger Müller im 2. Berliner Wahlbezirk seiner Wiederwahl aus Gesundheitsrücksichten. Unter der Wählerkraft der Louisenstadt denkt man daran, den einen oder andern freisinnigen Christlichen, z. B. Sydow, zur Candidate aufzufordern, weil die Kirchengesetzgebung in ihrer weiteren Entwicklung sachkundiger Landboten bedarf. Selbstverständlich müßte sich ein geistlicher Candidate auch auf das übrige politische Programm der Fortschrittspartei verpflichten. — Geh. Rath Michaelis vom Reichskanzleramt, der mit einer speziellen Berichtigung über die Wiener Weltausstellung betraut worden ist, hat sein erstes Referat bereits eingeführt. — Schulze-Delitzsch erhielt von den politischen Notabilitäten Ungarns, sowie von den Genossenschaften dieses Landes dringliche Einladungen zur Theilnahme am Genossenschaftstage in Pest. — Moritz Solay, ungarisches Reichstagsmitglied und Chef-Redakteur des „Hon“, Organs der Linken des ungarischen Parlaments, ist hier angekommen. Bekanntlich war Solay der beredteste Führer im Pestler Unterhause für die Neutralitätspolitik Österreich-Ungarns beim Ausbruch des deutsch-französischen Krieges.

□ Posen, 15. Sept. [Die Schulkinder und die Kirche.]

Wer konnte es auch vermuten, daß der einfache Schiffer, der kaum hochdeutsch sprach, französisch verstand.

Lohrmann entging kein Wort der ganzen Unterredung Contades' mit seinen Offizieren. Stromm und stumm stand er da, und mit scheinbar gleichgültigen Blicken sah er auf seine Umgebung, in seinem Innern aber tobte es mächtig.

„Wartet, dachte er, ihr haltet mich wohl für dummi genug, euch den Stiel zu holen zu der Art, mit welcher ihr uns auf den Kopf schlagen wollt, aber Sobst Lohrmann ist ein Minden-Ravensberger, d. h. auf Deutsch, Herr Franzose, er ist seinem Könige treu, so lange sein Herz noch schlägt.“

Dem Dollmetzchen aber erwiederte er, als dieser ihn mit Strenge an die gewissenhafte Ausführung seines Auftrages mahnte: „Ich werde meine Schuldigkeit thun, so wahr ich Lohrmann heisse.“ Er ging nach Haus, nahm Abschied von Frau und Kind, ohne sich etwas von seiner Mission weichen zu lassen, und gab vor, für den Herrn Bürgermeister über Land gehen zu müssen und vielleicht bis zum folgenden Tage fort zu bleiben. Dann lehrte er zum Marschall zurück, seinen Auftrag in Empfang zu nehmen. Vor seinen Augen wurden nun die Schuhe verpackt, vor seinen Ohren aber war das Geheimnis ja längst verrathen.

„Von der Besorgung hängt Euer Lohn ab,“ sagte der Beamte, als Lohrmann fortgehen wollte, „oder das Schicksal Eurer Frau und Kinder.“

Das war also der Grund, woran die Bedingung eines verheiatheten Boten sich knüpfte. Nicht das eigene Leben forderte man von ihm, nein, die Zukunft derer, die ihm am nächsten auf der Welt standen. Diese Worte machten freilich sein Herz noch heftiger schlagen, aber dennoch antwortete er noch einmal fest und bestimmt: „Ich werde meine Schuldigkeit ihm.“

Der Bürgermeister stand neben ihm, als er diese Worte sprach, und Zweifel ergrißen sein Herz ihm gegenüber — konnte er wirklich dem Feinde seines Vaterlandes mit solcher Bereitwilligkeit dienen? dann hatte er sich leider sehr in ihm gerettet.

Besorgt trat er zu ihm heran, als sie beide das Zimmer verließen, und leise flüsterte er zu ihm: „Lohrmann, Lohrmann, bedenk, was Ihr thut!“

„Herr Bürgermeister, ich weiß, was ich thue,“ erwiderte er, und stieg mit den Worten auf einen Brotwagen, welcher vor dem Rathause hielt und ihn bis an das nächste Dorf mitnehmen sollte. An gekommen im Dorfe Barthausen, lief er, der alle Wege genau kannte, durch die Porta über den Kamm des Berges nach Hille, dem Hauptquartier des Herzogs Ferdinand von Braunschweig.

Nach wenigen Stunden schon hatte er den Weg zurückgelegt.

„Führt mich zum Herzog!“ rief er einem vorübergehenden Soldaten zu. Dieser begleitete ihn vor das nächste Haus. Lohrmann fürzte hinein, als er von einem Offizier ziemlich barsch angehalten wurde, rief er laut: „Ich muß den Herzog sprechen!“

„Dann werde ich Euch melden lassen.“

— Der Clerus.] Der Erzbischof Ledochowski steht es, sich mit den Aposteln, mit dem Heilande und, wenns nicht anders ist, mit dem Papste zu identificiren. Die Verfolgungen einzelner Jünger Christi wendet er nicht ungeschickt, wenn auch mit sehr lebhafter Phantasie auf die Details seiner Confessioangelegenheit mit der Staatsregierung an, dem Siege des Hlannes über die Welt und die Sünde vergleicht er seinen endlichen Sieg über die weltliche Macht, neben den Felsen Petri hat er den „Felsen Ledochowski“ gestellt, auf welchem die „polnische Kirche gebaut wird. Als die städtische Behörde den Schulkindern den Besuch der kirchlichen Institutionen verboten hatte, rief er sein „lassen die Kinder zu mir kommen“ und Dank den eifrigsten Bemühungen einiger niederen Geistlichen gelang es, ihm circa 60 Kinder aus armen polnischen Familien vorzuführen. Die armen Kinder, welche in das Dilemma des Gehorsams gegen die Eltern und der Schulgesetze gerieten, verstehen der Schulstrafe, — einige fanatische ungebildete Männer und Väter ließen sich zu Excessen hinreichen, sogen in Untersuchungshaft und barren einer wahrscheinlich strengen Strafe. Die Schuld an diesen Vorfällen ist lediglich geistlichen Einflüssen zuzuschreiben und soll die Untersuchung in dieser Hinsicht bereits schätzbares Material ergeben haben. Der gebildeten polnischen Bevölkerung muss übrigens nachgerühmt werden, daß sie sich trotz der Hegereien der polnischen Presse nicht an ungesezlichen Schriften beihilft und ihre Kinder ruhig zur Schule geschickt hat. Beiläufig gesagt, sind von 600 katholischen Kindern nur die erwähnten 60 ungehorsam gewesen. Bei den nachfolgenden Institutionen, zu denen der Bischof in festlicher Auffahrt und in Gala-Costüm sich begab, sind gar keine Kinder erschienen. Die ultramontanen Blätter rühmen übrigens die guten Antworten der Kinder, ohne daran zu denken, daß die Kinder alle aus Studentenschulen sind und daß diese Zeitungen mit ihrem Lob verfehlten, daß der Religionsunterricht auch ohne die geistliche Schulaufsicht mit gutem Erfolge ertheilt werden kann. — Mittwoch wied auch von sogenannten liberalen Blättern die Ansicht verbreitet, daß der Erzbischof im vollen Einverständniß mit der niederen Geistlichkeit sich befindet. Es gibt sehr viele und gerade sehr gebildete Priester, welche privatum ihre Besorgnisse über die Schroffheit ihres Oberhaupten offen aussprechen. Die von der „Ostdeutschen Zeitung“ mitgetheilten Thatsachen sind trotz der energischen Dementis der „Germania“ begründet, weil sie aus geistlichen Kreisen selbst kommen. Ein neuer Beweis für die geringe Unabhängigkeit an den Oberhaupten ist die Stellung, welche viele Geistliche den willigen Behörden gegenüber einnehmen. Ich höre aus guter Quelle, daß die Frage wegen Bildung einer altkatholischen Gemeinde bereits lebhaft ventiliert wird. Viele Geistliche lassen ihre Erbitterung durchaus nicht so merken, wie man es auf unserer Insel wünscht. Ein Artikel in dem von dem erzbischöflichen Amte aus bearbeitigten „Kurier Poznański“, dem Organ Kozmians glorreichen Angedenkens, ist wütend darüber, daß in Kobylitz der Oberpräsident Günther bei seinem Besuch auch von dem Propste des Städtchens Szyperski und seinem Vicar Mandelski offiziell begrüßt worden ist. Das Pfaffenblatt sagt wütend: „sie halten die Ehre, auf dem rechten Flügel zu stehen, während der Rabbiner das Centrum und der evangelische Pastor den linken Flügel bildeten.“ Ja den gebildeten Geistlichen steht so viel Sinn für den Staat, daß sie nach Erlass der Kirchengebote die Siedlung des Bischofs für ungerecht und auf die Dauer unhaltbar halten. Man hat aber auswärts kaum eine Ahnung von dem Druck, unter welchem unsere durch Kozmian vollständig jesuitische Diözese leben. Jede Spur von Auflehnung wird durch Entziehung materieller Vortheile sofort geahndet. Waren die Einkünfte nicht mehr von dem Befehl des Kapitels abhängig, wenigstens nicht entziehbar, wenn sie einmal verliehen sind, dann würde in der Geistlichkeit die Selbstständigkeit nicht so völlig entzweit sein. Aber jeder Vicar und jeder Propst weiß, wie streng der Erzbischof zu bestrafen weiß, jeder kennt die Geschichte von dem Pfarrer Nyemark wie in Tursk, der wegen einer geringen Beleidigung der erzbischöflichen Würde zwei Commendationen verlor, weil er, wie der Erzbischof ihm

mitteilte, überbürdet sei und daher erleichtert werden müßte. Sehr zahlreiche Fälle von Denunciations gegen Pfarrer, welche sich der strengen jesuitischen Zucht nicht unterordneten und streng bestraft wurden, haben eine große Unzufriedenheit im Clerus geschaffen, welche durch den Neopatriotismus bei Besetzung vacanter Stellen noch erhöht worden ist. Es ist daher durchaus nicht unmöglich, daß sich schon in nächster Zeit im Clerus eine Reaction zeigen wird; — sie wird um so eher hervortreten, je energhischer die Staatsregierung auftritt. Das unter der Geistlichkeit allgemein herrschende Misstrauen gegen die andauernde Energie der Regierung, oder was dasselbe ist, die allgemein verbreitete Furcht vor der Möglichkeit eines Umschwungs in Berlin lässt die Opposition nicht an die Öffentlichkeit treten. Dieser bedauerliche Zustand ist leider eine Folge der Erfahrungen, welche katholische Geistliche unter dem Ministerium von Mühlner gemacht haben, eine Folge der bis in die neueste Zeit oft ventilierten Reaktionen in Berliner Kreisen. Schon das Gespenst der Reaction schabet der nationalen Sache in unserer Provinz.

Aus Westpreußen, 13. Sept. [Verfügung des Oberpräsidenten.] Man schreibt der „Th. 3.“: Vor mehreren Monaten fand unter dem Vorsteher des Oberpräsidenten v. Horn in der polnischen Sprachangelegenheit eine Sitzung statt, an welcher 26 Vertrauensmänner Theil nahmen. Jetzt hat der Oberpräsident eine Verfügung erlassen, in welcher es u. a. heißt:

„In allen Lehrgegenständen ist die Unterrichtssprache die deutsche. Ausgenommen hiervon ist nur der Unterricht in der Religion, einschließlich der Kirchenlieder auf der Unterstufe. In der Religion wird der Unterricht auf der Unterstufe den nicht deutschen Kindern in der Muttersprache derselben erteilt, auf der Mittel- und Oberstufe dagegen in der deutschen Sprache, und darf hier die Muttersprache nur soweit gebracht werden, als die Vermittelung des Verständnisses es erfordert.“ Nach den bisherigen Ministerialbestimmungen wurde der Unterricht in der Religion in polnischer Sprache den Kindern polnischer Zunge in allen 3 Abtheilungen erteilt. „Der Unterricht im polnischen resp. litauischen Lesen und Schreiben tritt bei den nicht deutschen Kindern erst aus der Oberstufe ein.“ (Zur Oberstufe gehören die Kinder in den letzten 3 Schuljahren, also vom 11. bis 14. Lebensjahr.) „Bei Schulen mit überwiegend deutschen Kindern kann auf specielle Anordnung der l. Regierung dieser Unterricht ganz wegfallen. Die nicht deutsch redenden Kinder werden auf der Unter- und Mittelstufe nur im deutschen Lesen und Schreiben unterrichtet“ (d. i. in den 5 ersten Schuljahren.)

Die l. Regierung hat die städtischen Schuldeputationen und Schul-Inspectoren angewiesen, auf die genaue Befolgung dieser Bestimmungen bei den ihnen untergebenen Lehrern zu achten.“

Kassel, 13. Sept. [Unsere rententen Bilmarianner] sind jetzt so weit, daß sie mit Herrn von Gauvain eine Allianz aller Offenbarungsgläubigen — d. h. nicht blos Christen, sondern auch Juden und Mahomedaner — gegen den „Geist der Hera Bismarck“ in die Schranken rufen.“ Deshalb fühlen sich die fünfundvierzig Rententen auch in ihrem Bewußtsein sehr angenehm durch eine Adresse beruhigt, welche katholische Geistliche aus dem „westfälischen Sauerland“ wegen ihrer „edlen, unumwundenen und apostolischen Sprache“, die sie angeblich in ihrem an unsern König gerichteten Proteste gegen das Gesamt-Constitutum geführt hätten, an sie zu erlassen sich gedrungen gesehen haben. Diese katholischen Geistlichen fühlen sich namenlich veranlaßt, den Rententen ihre Zustimmung auszusprechen, weil auch unsere katholische Centrumspartei „sich gegen das Gesamt-Constitutum“ in dem Abgeordnetenhaus ausgesprochen habe. Der Schreiber der Adresse begrüßt daher im Namen vieler Contrarien die Bilmarianner als „unsre Kampfgenossen gegen das heidnische Prinzip eines omnipotenten Staates“ und schließt seine Epistel: „Gebt Gott zum Heile des deutschen Vaterlandes, daß bald die staatliche Anerkennung einer selbständigen Kirche Christi für Protestant und Katholiken durch unsere gemeinsame Ausdauer wieder gewonnen werde, insbesondere wünschen wir Ihnen die baldige Erfüllung Ihrer gerechten Forderung.“ Wenn man das ganze Schreiben der Sauerländer auch als eine Mystifikation anzusehen geneigt sein sollte, so bleibt doch die Thatsache bestehen, daß sich unsere Bilmarianner gar nicht mehr schämen, in kirchlichen Dingen mit den Ultramontanen, freilich auch even-

„Es hat Eile, Herr Officier, halte mich nicht unnütz lange auf, ich muß zum Herzog!“ rief er jetzt noch lauter.

Der Herzog hörte den Lärm an seiner Thür, öffnete sie und trat hinaus.

„Das ist der Herzog selbst,“ sagte der Soldat, der ihn hergeführt hatte.

Nun ließ sich Lohrmann nicht länger zurückhalten, er eilte auf ihn zu.

„Herr Herzog, ich muß Euch sprechen, aber ganz allein,“ sagte er, einen Seitenblick auf die Umstehenden werfend.

„Woher kommt Ihr?“ fragte der Herzog finster.

„Das kann ich auch Euch allein nur sagen.“

Der Herzog gab ein Zeichen, und Alle entfernten sich.

„Ich bin ein Mindener Bürger, Herr Herzog, und bringe Euch ein Geheimnis, das, so Gott will, uns nützen wird, wenn's in Eure Hände kommt. Dies Packt enthält ein Paar Schuhe des Marschalls von Contades an den Herzog von Brissac, aber die Schuhe enthalten ein Papier, eine Nachricht, für Euch und für uns alle.“

Lohrmann riß nun mit sieberhafter Hast die innere Sohle des Schuhs los, und mit vor Aufregung zitternden Händen überreichte er dem Herzoge ein fein beschriebenes Blättchen Papier.

Es war ein Befehl des Marschalls von Contades an den Herzog von Brissac, am 1. August den Erbprinzen von Braunschweig anzu greifen, an denselben Tage werde man auch den Herzog Ferdinand von Braunschweig in der Gasse von Minden angreifen.

Der Herzog las die Zeilen, seine Augen leuchteten und alle Zeichen der Sorge schwanden aus seinen Zügen. Dann reichte er Lohrmann die Hand indem er sagte:

„Euer Werk ist noch nicht vollendet, braver Mann, Ihr müßt noch heute die Schuhe an ihre richtige Adresse bringen, um durch Euer Aufbleiben keinen Verdacht zu erregen, selbst wenn Ihr erwidert sein solltet von dem weiten und rasch zurückgelegten Weg hierher.“

„Und wäre der Weg noch einmal so weit, Herr Herzog, er würde mir nicht schwer,“ erwiderte Lohrmann.

Der Herzog nahm Abschrift von dem wichtigen Papier, ließ das Original wieder sorgfältig zwischen die Sohlen legen, die Schuhe verpacken, und Lohrmann trat sogleich seinen Rückweg wieder an und war noch vor einbrechender Nacht in Herford.

Der Herzog von Brissac nahm die Schuhe in Empfang und ließ ihm dann sagen, daß er in Minden seinen Lohn erhalten werde.

Lohrmann begab sich am folgenden Morgen zu den Truppen des Herzogs von Braunschweig zurück und machte unter seiner Fahne die Schlacht bei Minden mit, die am 1. August 1759 gefochten und wo die französische Armee besiegt wurde.

Am folgenden Tage las der Herzog von Braunschweig den treuen Lohrmann zu sich kommen, belobte ihn öffentlich und bescherte ihm dann reichlich.

Am 1. August 1859 setzte man unter dem Jubel einer ganzen

Bevölkerung das Denkmal der Schlacht bei Minden, nachdem am Morgen das Comite den Nachkommen des braven Lohrmann ein ansehnliches Geldgeschenk gemacht hatte, da dieselben leider in düstigen Verhältnissen lebten.

An schönen Frühlingstagen steht man jetzt oft die fröhliche Schuljugend, mit ihren Lehrern an der Spize, nach dem Denkmal wandern, dort wird ihnen die Geschichte der Schlacht bei Minden und des braven Lohrmann oft wieder erzählt, aber immer mit demselben Interesse folgen sie der Erzählung und hoffentlich ist keiner unter ihnen, der es nicht auch wie Sobst Heinrich Lohrmann machen möchte. (Pr. Volksbl.)

[Karl Wilhelm und Fürst Bismarck.] Nachdem sich die Gruft über dem unsterblich gewordenen Todichter der „Wacht am Rhein“ geschlossen hat, wird es vielleicht von allgemeinem Interesse sein, wenn die Modalitäten, unter denen dem Verstorbenen durch den Hochstift des Fürsten Bismarck ein bleibend Nationalbank zu Theil wurde, in authentischer Weise der Öffentlichkeit übergegeben werden. Die Anregung ging von dem damals in Dresden, gegenwärtig in Lübeck, domicilirenden Ausschuß des deutschen Sängerbundes aus, welcher zwei seiner hervorragendsten (damals gerade zum Reichstag in Berlin wählenden) Mitglieder zur persönlichen Übergabe der betreffenden Petition an den Reichskanzler deputirt hatte; welche entgegenkommende Aufnahme dieser Schlitt gefunden, ergeben die folgenden Schriftstücke:

An den Geschäftsführenden Ausschuß des Deutschen Sängerbundes, z. S. des Herrn Heinrich Hartwig, Wohlgeboren, Dresden.

Berlin, 23. Juni 1871. Der Geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Sängerbundes wird in Erwiderung auf die gesälligen Zuschriften vom 26. II. ergebnist benachrichtigt, daß die Reichshauptkasse angewiesen worden ist, dem Herrn Musildirector Karl Wilhelm von Schmalkalden die Summe von 1000 Thlrn. auszuzahlen. Es besteht dabei die Absicht, Herrn Wilhelm alljährlich den gleichen Betrag aufzuweisen zu lassen. Das mitgereichte Schreiben an den Magistrat der Stadt Schmalkalden vom 16. August v. J. erfolgt anbei ergebnist zurück. Der Reichskanzler, (Ges.) v. Bismarck.

An Herrn Musildirector Karl Wilhelm, Wohlgeboren,

Berlin, 23. Jun. Sie haben durch die Composition von Max Schneider's Gedicht „Die Wacht am Rhein“ dem deutschen Volk ein Lied gegeben, welches mit der Geschichte des heiligen Krieges untrennbar verflochten ist. Entstanden zu einer Zeit, wo die deutschen Rheinländer in ähnlicher Weise wie vor einem Jahre von Frankreich bedroht erstickten, hat „Die Wacht am Rhein“ ein Menschenalter später, als die Drodung sich verwirklichte, in der begeisterten Einschlossenheit, mit welcher unser Volk den ihm aufgedrungenen Kampf aufgenommen und bestanden hat, ihren vollen Anklang gefunden. Ihr Verdienst, Herr Musildirector, ist es, unserer letzten großen Erhebung die Volksweise geboten zu haben, welche dadurch wie im Feld dem nationalen Gemeingefüle zum Ausdruck gedenkt hat.

Ich folge mit Vergnügen einer mir von dem Geschäftsführenden Ausschuß des Deutschen Sängerbundes geworbenen Anregung, indem ich der Anerkennung, welche Ihnen von allen Seiten zu Theil geworden ist, auch dadurch Ausdruck gebe, daß ich Sie bitte, die Summe von 1000 Thlrn. aus dem Dispositionsfonds des Reichskanzleramtes anzunehmen. Ich hoffe, daß es mir möglich sein wird, Ihnen alljährlich den gleichen Betrag anzubieten zu können. Die Reichshauptkasse ist angewiesen, Ihnen die für das laufende Jahr bestimmte Summe alsbald gegen Quittung auszuz

tuell mit orthodoxen Rabbiniern und Muftis gemeinsame Sache gegen unsere Regierung zu machen. Der Hass macht die Menschen geradezu wahnwitzig, und wenn am Abend auf unseren Dörfern die Glocken angeschlagen werden, eine Sittie, welche aus der Zeit stammt, in der die Kirchengebete aufstanden, dann beten unsere Bilmartianer sicherlich gegen die „Aera Biemarx.“ — Welche Vorgänge durch dieselben selbst an geweihter Stätte herbeigeführt werden, geht aus einer Erzählung der „Hessischen Blätter“ selbst hervor, wonach zwischen dem Pfarrer Winkel in Schmiedern und dem Lehrer Freund während der zum Gottesdienst anberaumten Zeit in der Kirche ein solcher Scandal ausbrach, daß kein Gottesdienst gehalten werden konnte. Der Pfarrer, der die Localschulinspektion niedergelegt hat, hatte die Kinder in der Kirche in der Religion examinieren wollen, und der Lehrer, auf eine Verordnung der Regierung gestützt, dieses verhindert. Trotz allem geht das Gesamtconsistorium mit den Rentiten in einer Weise sanft zu Werke, daß ich den Grad derselben jedem Leser selbst zu bestimmen überlassen kann. Die „Hessischen Blätter“ schreiben wörtlich, was folgt: Herr Pfarrer Gerhold in Nambach, einer der Unterzeichner des Juliprotestes, hieß es für seine Pflicht, die auch an ihm ergangene Vorladung vor das königl. Consistorium zu einer nochmaligen, umfassender Darlegung der Motive seiner „Rentiten“ benuhen zu müssen. Er erklärt daher, unter zwei Bedingungen sich auf eine mündliche Verhandlung einzulassen zu wollen, 1) wenn die Mitglieder der betreffenden Deputation des nach wie vor nicht von ihm anerkannten königl. Consistoriums sich dabei nicht als seine Behörde, sondern als Privatpersonen betrachten wollten, und 2) wenn ihm Gelegenheit geboten werde, seine Bedenken im vollen Umfang zur Darlegung zu bringen. Nachdem das Gesamtconsistorium diese Bedingungen angenommen hatte, fand die Unterredung statt, diente aber, dem Bernehmen nach, nur dazu, den Pfarrer Gerhold noch mehr in seiner sogenannten Rentenz zu bestärken. Seit wann kann eine Behörde, die amtlich ihre Untergebenen vorlädt, dieselben als Abschlagszahlung hierauf privatim empfangen, um mit ihnen akademisch zu disputieren? Ich hoffe, daß das Consistorium in der Lage ist, diese Erzählung der „Hess. Bl.“ als unwahr nachzuweisen.

(Sp. 3.)

Eichstätt, 10. Septbr. [Conferenzen.] Heute Vormittag begannen die bischöflichen Conferenzen, zu denen gestern der Erzbischof von München und die Bischöfe von Augsburg, Würzburg und Speyer eintrafen. Der Erzbischof von Bamberg ist durch Unwohlsein verhindert, an den Berathungen teil zu nehmen. Der Bischof von Regensburg ist noch nicht eingetroffen, wird jedoch heute Abend sicher erwartet. Als seinen Stellvertreter hat er einstweilen den Dom-Capitular Dr. Müll gesucht. Der Bischof von Passau hat den Dom-Capitular Siegler zu den Conferenzen abgeordnet.

12. Septbr. Die Conferenz des katholischen Episkopats ist gestern Abends geschlossen worden. Es haben — wie wir der „A. Post.“ entnehmen — im Ganzen 4 Sitzungen stattgefunden. Eine kirchliche Feier fand nicht statt. Ein beabsichtigter Fackelzug der Bürgerschaft wurde — mit Rücksicht auf die Gefahr der Choleraverbreitung — verboten.

\*\* Constanz, 13. Septbr. [Der Congress der Alt-katholiken. V.] Die erste öffentliche Versammlung wird in dem von Herren und Damen ganz gefüllten großen Conciliumsaale nach 3 Uhr eröffnet.

Der Vorsitzende Geb.-Math. v. Schulte spricht kurz den Dank des Congress für die gastfreundliche Aufnahme in Constanz aus, insbesondere dem Bürgermeister Siromeyer, der ganzen Bürgerschaft und dem Localcomite. Er wirkt einen Rückblick auf die Congresse in München und Köln und ihre Beschlüsse, insbesondere bezüglich der Organisierung der Seelsorge, und bemerkt, daß jetzt gegen 100 altkatholische Gemeinden bestehen und daß durch die Consecration eines von Clerus und Gemeinde gewählten Bischofs diese Kirchliche Organisation ihren den altkatholischen Grundzügen entspregenden Abschluß gefunden. Er schildert in warmen Worten die am 4. Juni in Köln vorgenommene Bischofswahl, und bemerkt, daß die kirchliche Organisation durch die Annahme der Synodal- und Gemeinde-Ordnung auf dem diesjährigen Congress einen wesentlichen Fortschritt gemacht. Diese Synodal- und Gemeindeordnung bringt den Grundzirkel der Mitwirkung der Laien bei den kirchlichen Angelegenheiten in ganz angemessener Weise zur Geltung. Auch der bereits in Köln zum Ausdruck gebrachte Gedanke einer Wiedervereinigung der getrennten Kirchen sei in Constanz gefördert worden.

Pfarrer Rol aus Utrecht spricht (in deutscher Sprache) von der Verbindung der altkatholischen Kirche in Holland und der in Deutschland und von dem Sinne, in welchem beide Reformen als zulässig und notwendig anzusehen. Er zeigt, daß durch die altkatholische Bewegung in Deutschland auch die holländische Kirche von manchen Seiten mehr Aufmerksamkeit und Sympathie gefunden und mit neuer Lebenskraft erfüllt worden sei, und hofft, daß beide Kirchen in Zukunft enge verbunden bleiben werden.

Fabrikant Goers aus Greifswald spricht über den in der heutigen Delegierten-Versammlung angenommenen Antrag bezüglich der Verbreitung von altkatholischen Schriften. Von den Vertretern der kath. Wissenschaft sei der Kampf gegen die kirchlichen Neuerungen zuerst aufgenommen und im Laufe der letzten Jahre eine reiche Literatur über die wichtigsten für alle Gelehrten interessanten Fragen geschaffen worden. Es sei die Pflicht der Gemeinden und Vereine, für die Verbreitung dieser Literatur zu sorgen, namlich in den Kreisen, in welche dieselbe noch zu wenig Eingang gefunden, dieses sei Pflicht auch gegenüber den clericalen Bestrebungen, die von dem Grunthalke ausgehen: „Nacht muß es sein, wo Roma's Sterne strahlen sollen.“ Von unserer Seite durfte man unbedenklich Gedanken aussordnen, alle ultramontanen, aber dann auch die nicht ultramontanen Schriften zu lesen, während von clericaler Seite alles nicht in ihrem Sinne Geschriebene mit Achtung ferngehalten werde.

Kirchsprediger Leo Weber aus Solothurn bringt den Gruß der freien kath. Schweiz, spricht auch im Namen der Schweizer den deutschen Theologen, insbesondere Döllinger den Dank aus für die von ihnen der altkatholischen Bewegung gegebene Anerkennung und Förderung. In der Schweiz sei die altkatholische Bewegung so sehr eine Macht geworden, daß sogar der ultramontane Piusverein auf seiner Generalversammlung in Zug in seiner ersten Resolution sich für die „religiöse Freiheit als Grundlage der bürgerlichen“ ausgesprochen; dieselbe Versammlung habe freilich dem Papste telegraphisch ihren Glauben an seine Unfehlbarkeit und ihre rückhaltslose Anerkennung des Syllabus gemeldet. In der altkatholischen Bewegung trete in Deutschland mehr die religiöse, in der Schweiz mehr die politische Seite her vor; beide Seiten müßten einander ergänzen, die religiöse Seite sei aber die wichtigere. Die Erneuerung der religiösen und sittlichen Geistigkeit werde auch für das politische Leben von den segensreichsten Folgen sein. Es sei eine Vorbedingung, daß man in der altkatholischen Bewegung ein voreuthistisches Manöver erkläre, das auch die Annexion der Schweiz beweise. Dergleichen glaube wohl Mermilliod und sein Anhang, aber kein echter Schweizer. Nur Eine Annexion sei möglich und werde von Niemand gefürchtet, die Annexion der Herzen und zu dieser habe namentlich Bischof Reinkens durch seine Vorträge in der Schweiz schon Vieles beigetragen.

Stadtverordneter und Kaufmann Zoblen aus Greifswald hebt hervor, daß die religiöse Bewegung der eigentliche Grundzug in den Ereignissen der Gegenwart sei. Der Einfluß der Kirche werde vielfach nicht zum Besten angewendet, sondern im Interesse einer Partei; die Nächstenliebe, die Vaterlandsliebe und der Fortschritt der Wissenschaft seien das, was die Kirche vor allen fördern sollte, aber vielfach nicht gefördert habe. Das Endziel der altkatholischen Bewegung sei, die alten, vielfach vergessenen und verschütteten christlichen Wahrheiten wieder zur Geltung zu bringen. Döllinger habe in seiner Erklärung hergehoben, daß die neue Lehre, wenn sie zur Geltung gelange, den Keim des Siechthums in das neue deutsche Reich bringen werde. Die Vorsätze der letzten Jahre hätten diesen Auspruch bewahrt. Die ultramontane Kirche strebe wieder nach der Suprematie über die Staaten und der Gründung eines vom Papste beherrschten Weltstaates. Die von der christlichen Religion gelehnte Nächstenliebe sei von der Hierarchie vielfach verlegt und verkannt worden. Eine dem Geiste der Zeit entsprechende religiöse Erneuerung werde das beste Heilmittel für die sozialen Mißstände der Gegenwart sein. Zur Lösung der unserer Zeit gestellten Aufgabe sei es nötig, daß jeder seine Überzeugungen ehrlich und freiheitlich betrete, nur die Sache im Auge behalte, sich vor persönlicher Feindseligkeit und Gehässigkeit, aber auch vor Gleichgültigkeit und Indifferenzismus hüte. Wie der

am 18. Juli 1870 von Frankreich erklärte Krieg, so werde auch der an demselben Tage begonnene geistige Kampf mit dem Scheitern des weltlichen Übermuthes an dem Felsen deutscher Freude endigen.

Prof. Meissner aus München spricht über die Ausartungen des Heiligen- und Reliquien-Cultus, welche deutlicher als alles Andere zeigen, wie tief wir herunter gekommen seien. Er schildert in anschaulicher und drastischer Weise die wunderlichen Dinge, welche von Pilgern und anderen sogenannten Frommen in Wallfahrtskirchen u. dergl. verübt werden. In Jerusalem zeige man den Stein, von dem Christus geheilte, die Bauleute hätten ihn verworfen. Solche Ercheinungen müßten von Trauer und Scham erfüllen, weil man nichts gethan, um die Bildung des Volkes zu fördern und diesem Nutzen zu steuern. Pf. Hofmann habe in Tüntenhausen lediglich darum sich nicht behaupten können, weil das Dorf von einer Wallfahrt lebte. Zu dem schlimmsten Überglauken gehöre es, daß viele aus allen Standen an eine magische Wirkung einer Statue, Kapelle u. dergl. glauben. Dagegen finde man z. B. für die Briefe der Apostel und Apostelschüler jetzt bei vielen Verständnis mehr, wie auch nicht mehr für das Werk Christi von der Auktion im Geiste und in der Wahrheit. In den Gebetbüchern finde man wenige Gebete, die im Geiste Christi abgefaßt seien. Die Erinnerung an die Heiligen im Canon der Messe spreche nur von einer Verehrung des Andenkens der Heiligen und von der Gemeinschaft mit ihnen; dazu siehe die moderne Heiligenverehrung im geraden Gegensatz. Mit dem Inhalte der heil. Schrift werde man unter den Katholiken zu wenig bekannt; in Katechismen u. dergl. würden in der Regel nur in den Noten Bibelstellen mit Ziffern citirt. Durch die Kenntnis der heil. Schrift werde dem erbärmlichen Heidenthum, welches vielfach herrsche, am wirksamsten entgegengetreten. Die Beseitigung des Neuerthums und Massenmähigen, welches in die Kirche eingedrungen, sei ein dringendes Bedürfnis und einer der Zielpunkte der altkatholischen Bewegung, welcher nur durch angestrengte und ausdauernde geistige Arbeit zu erreichen sei.

Der Vorsitzende hießt mit, daß morgen Dr. Böll, Prof. Friedrich, hoffentlich auch Prof. Huber und zum Schluß Bischof Reinkens reden werden.

### De sterrei ch.

\* Wien, 15. September. [Die Jesuiten an der Innsbrucker Universität.] Wiederum soll Gast gemacht werden mit der Beseitigung einer heillosen und wahrhaft unerträglichen Anomalie in unserm staatlichen Leben, die auss engste mit der Thun'schen Concordats-Hinterlassenschaft zusammenhängt. Gleich nach dem Abschluß des unseligen Vertrages mit Rom hatte Graf Leo Thun die theologische Facultät zu Innsbruck in unwürdigster Weise dem Jesuitengeneral ausgeliefert, indem er mit demselben, wie Macht zu Macht, einen förmlichen Staatsvertrag abschloß, krafft dessen die frommen Brüder, gegen ein Jahrespauschale von 18,000 fl. von Seiten der Regierung die Beipflichtung übernahmen, die Professoren der theologischen Facultät zu bestellen und den Unterricht an den letzteren zu besorgen. So entstand das erniedrigende Verhältniß für den Staat, daß er Professoren, die der General des Ordens Pater Beck ganz selbstständig ernannte und abberief, in deren Bildung und Kenntniß, Lehrmethode und pädagogisches Vorgehen, Lehrling und Collegenhorte er nicht die geringste Einsicht nehmen durste, nicht nur aus eigenem Säckel bezahlen, sondern auch noch ihren Zeugnissen ganz dieselben staatlichen Wirkungen beilegen müsse, wie denen von Professoren, welche die Studenten nach dem staatlichen Prüfungsreglement und unter Controle eines Regierungskommissarius behandeln. Diese geradezu blödsinnige Einrichtung wurde völlig absurd, seitdem das politische Leben bei uns wieder erwacht und der Rector der Innsbrucker Universität eine Willkür im Tiroler Landtage erhielt. So oft also der Turnus so fiel, daß das Rectorat aus dem Schoße der theologischen Facultät besetzt werden mußte, hatte der Jesuitenorden ganz direct eine Stimme in dem Landtage zur Verfügung. Weder Schmerling noch das Bürgerministerium rührte daran. Häßner hatte genug zu thun, daß er die Jünger Lopolas im Feldkirch und Nagyua von dem Gymnasium los ward, und Schmerling hatte nicht einmal das durchsetzen können. Das maßgebende Moment bestand keineswegs allein in den Rücksichten auf den Hof: die Regierung schreckte eben so sehr vor dem Zorn der Innsbrucker Spießbürgers zurück. Denn das ließ sich einmal nicht leugnen, die Jesuitensfacultät, deren Lehrer keine geistigen Anstrengungen, sondern nur das für fromme Cavalier-naturen so kinderleicht sacrificio del intellecto von den Studirenden verlangten, zogen eine Menge gläubige, aber arbeitscheue Söhne der Hochstädte nach Innsbruck, die durch volle Bösen die Leereheit des Schädel ersehnten. Diese wollen die biederem Innsbrucker nicht missen: darum drehte sich seit 1868 der Kampf mindestens eben so sehr, wie um die Abreihung der Krone, in Maßregeln gegen die Jesuiten-Facultät zu willigen. Skremayr hat nun diese Antipathie zu überwinden gewußt und ist nicht davor zurückgeschreckt, den Innsbruckern ihre Fleischhöpfe zu zerstossen. Der Staatsvertrag ist kassirt und den Jesuiten an der Tiroler Universität angezeigt, daß sie sich bis zum 1. October zu entscheiden haben, ob sie anderen Professoren Platz machen, oder sich allen Bedingungen des staatlichen Lehrplanes fügen, die erforderlichen Prüfungen nachholen und selbstständlich als Staatsbeamte weiter fungiren wollen. Das „Vaterland“ behauptet nun schon heute, die Herren werden es vorziehen, das Feld zu räumen. Das wäre für uns natürlich das Beste: aber es mag auch eine leere Drohung sein, um durch die Gefahr, die setten Studentenbörsen mit den Loholzten auswandern zu sehen, die Innsbrucker Bürger dem Minister auf den Hals zu hezen.

Wien, 15. September. [Prozeß Karmelin.] In dem allbekannten, durch die Assentirungs-Umtreibe in Galizien hervorgerufenen, vor dem Kreisgerichte Stanislau durchgeföhrten Monstreprozeß hat nunmehr der oberste Gerichtshof sein Urtheil gesprochen.

Demzufolge wurde Nicolaus Karmelin, über welchen das Ober-Landesgericht Lemberg wegen des Verbrechens des Betruges eine siebenjährige schwere Kerkerstrafe und die Beipflichtung zum Erlage mehrerer tausend Gulden verhängt hatte, auf Berufung seines Vertheidigers Dr. Markbreiter des ihm zur Last gelegten Verbrechens des Betruges nichtschuldig erklärt und von jeder Strafpflicht losgesetzt.

In Betriff aller übrigen Angeklagten wurden die Urtheile der Untersuchung in der Schuldfrage bestätigt, die außerordentlichen Verurtheilungen verworfen und nur einzelne Strafzäte, über welche die beiden unteren Instanzen widerstreitend erkannt hatten, modifiziert.

[Selbststellung des Defraudanten Hayel.] Der am 1. d. Miss. nach Berüfung eines Vertrages von 46,083 fl. durchgebrannte Amtsdienner der Creditanstalt, Josef Hayel, hat sich Sonntag Nachmittag gegen halb 6 Uhr dem Landesgericht in Straßbach selbst gestellt. Der angegebenen Stunde erschien Hayel im Foyer des Landgerichts-Gebäudes und erfuhr den ersten ihm begegnenden Geisengauß-Aufseher, ihn zum Journalismus zu führen, da er ein wichtige Anzeige zu erstatten habe. Seinem Wunsche wurde Folge geleistet und ohne Umschweife erzählte er dem Untersuchungsrichter den Thatbestand seiner Schuld. Gleichzeitig daponierte er den Rest der defraudirten Summe nämlich bei 35,000 fl., den fehlenden Betrag von 11,000 fl. will er in dem kurzen Zeitraume von vierzehn Tagen verausgabt haben. Hayel hat, soweit bisher bekannt ist, Wien nicht verlassen, dies schien ihm das Sicherste, da alle Maßregeln, von denen Hayel Kenntnis gehabt haben soll, eine Flucht aus Wien nicht nur erschweren, sondern beinahe ganz unmöglich machen. Die vierzehn Tage seit seiner Flucht hat er bei lieberlichen Diensten in der unmittelbarsten Nähe der Creditanstalt verbracht.

### Itali e n.

Rom, 11. September. [Zur Reise des Königs.] Für die Reise des Königs, welche nunmehr offiziell den Vertretern Italiens an den europäischen Häfen mitgetheilt ist, sind vorläufig folgende Dispositionen getroffen. Am 16. wird der König, begleitet von den Ministern Graf Minghetti und Graf Visconti-Venosta, seiner Adjutantur, ferner den Commandeurs Bissona und Agnani vom Finanz- resp. Ministerium des Neuherrn, sowie einigen Unterbeamten desselben Ressorts, von Turin aus nach Wien abreisen, wo der Aufenthalt nur 4 Tage dauern soll, einschließlich eines Jagdausfluges nach Steiermark, den

Kaiser Franz Joseph seinem für die Jagerei ganz besonders passi- nitischen Grade anbieten wird. Am 22. erfolgt die Weiterreise von Wien nach Berlin und zwar mit einem kurzen Aufenthalt in Dresden und, wie jedoch noch nicht definitiv bestimmt ist, mit einem gleichen in Prag, wo der Besuch dem Kaiser Ferdinand gelten würde. Von Berlin aus begiebt sich der König, begleitet von dem Kaiser Wilhelm, nach Baden, um daselbst die Kaiserin-Königin Auguste zu begrüßen, eventuell wird er dem Geburtstagsfeste ihrer Majestät beiwohnen. Demnächst Rüttelsee und zwar nach Turin, wo in den ersten Tagen des October die Enthüllung des Cavourdenkmals stattfinden soll, welches die gesamte königliche Familie bewohnen wird, falls nicht aus sanitären Gründen der öffentlichen Gesundheitspflege die Feier auf einen späteren Termin hinausgeschoben wird. Zu den peccunären Erwagungen, denen sich aus Anlaß des Königreichs-Publikum wie Journals gedrängt fühlen, tritt nunmehr noch die Frage der Kopfbedeckung, mit welcher der König sowohl wie seine Generale an den beiden Höfen aufzutreten werden. Man findet nämlich und nicht ganz mit Unrecht das von General Picotti erfundene Modell des jetzigen Kappis geschmacklos im höchsten Grade und nicht weniger als den klassischen Anseeidenzien Italiens entsprechend. In der That geht man auch im Ministerium des Krieges mit den Gedanken um, ein neues Modell und zwar möglichst bald und noch vor der Reise aufzustellen. Die Form desselben würde sich dem Helme nähern. — Die rothe „Capitale“ schreit natürlich über „Prussifierung.“ — Als Krönung wird der savoyische Adler (der Adler im savoyischen Wappen ist wegen der Grafschaft Maurimon) dienen. (N. Pr. 31.)

### Fr a n c e i o.

\* Paris, 13. September. [Ultramontan-royalistische Agitationen.] Das „Journal de Havre“ hatte, wie schon gemeldet, vor zwei Tagen ein pariser Schreiben gebracht, worin man behauptete, daß der „Roy“ dem Minister de la Bouillière, als dieser ihn bei seiner Anwesenheit in Wien besucht, erklärt habe, er wolle nicht den Thron seiner Väter besteigen, und in welchem man zugleich Näheres über die Pläne mittheile, welche die Regierung Mac Mahon's für den Wiederzusammitteln der Kammer ausgearbeitet habe. Diese Nachrichten werden heute vom „Français“ und anderen royalistischen Blättern als imperialistische Erfindungen bezeichnet, was sie auch wohl wahrheitlich sind, da der Graf von Chambord jedenfalls nicht auf seine Rechte verzichten will und die Minister Broglie und Consothen, welche wenig entschlossen Leute sind, schweichlich schon wissen, was sie in sieben Wochen thun werden. Daß der Minister de la Bouillière, wie das „Journal de Havre“ behauptet, mit dem Grafen von Chambord konfertierte, steht aber vollständig fest. In den royalistisch-clericalen Kreisen hat man die Hoffnung, daß ungeachtet aller Schwierigkeiten die Zurückführung keineswegs ausgegeben sei; und die von den Jesuiten sehr geschickt geleitete ultramontan-royalistische Partei weiß allein, was sie will. Im Augenblike verfolgt dieselbe auf dem Lande den Plan, das Bauernvolk glauben zu machen, daß die Republik tot und der „Roy“ schon wirklich an der Spitze Frankreichs stehe, wenn er auch noch nicht nach Paris zurückgekommen sei. Nur zu diesem Zwecke haben sie es durchgesetzt, daß in vielen Departements die für die Landbevölkerungen bestimmten Steuerzettel nicht mehr den Stempel der Republik tragen, sondern den der königlichen Krone mit drei Lilien, wie er unter der Restauration Mode war. Der „National“ veröffentlicht in seiner heutigen Nummer zwei Quittungen der Steuerverwaltung, die ihm aus dem Meurthe- und Mosel-Departement zugesandt wurden und auf welchen sich die Krone mit den Lilien befindet. Zugleich kündigt derselbe an, daß in fast allen Departements die Gewerbe seit dem 24. Mat das Domine Salvam fac Rempublicam unterlassen und daß in vielen Gegenden schon jetzt geglaubt wird, die Republik sei auch offiziell bestellt. Da die Bauern Frankreichs im Durchschnitt in politischen Dingen klug sind und seit man alle freimaurigen Blätter in der Provinz so ziemlich unschädlich gemacht hat, wenige von dem erfahren, was sich außerhalb ihres Ortes zuträgt, so sind solche Jesuitenstreiche leicht zu begreifen.

[Zu den Auslassungen des Herzogs von Broglie in der Permanenz-Commission] bemerkt die „République française“: Der Minister des Neuherrn hat sehr entschieden erklärt, daß er eine Verantwortung nur für die von ihm in regelmäßiger Form erlassenen diplomatischen Rundschreiben übernehmen könne. Diese Antwort mag für Frankreich geschildert sein, wird sie aber auch für Europa genügen? Wir möchten es nicht beschwören. Im Grunde ist es offenbar, daß die Regierung von ihren Bundesgenossen, den Clericalen, bloßgestellt wird. Derbergens sucht sie, dieselben zu verleugnen. Es ist zu bekannt, daß das Cabinet der moralischen Ordnung nur von den clericalen Leidenschaften lebt, die es im Lande, wenn nicht wachgerufen, so doch aufgemuntert und gefördert hat. Dieses Ministerium ist nach seinem eigenen Geständnis weder ein royalistisches noch ein republikanisches; es ist ein clericales. Dies macht seine ancheinende Stärke aus und dies bringt es in Wahheit um. Heut will es seine Sache lästig von der des Erzbischofs trennen. Das ist aber nicht genug, um sich bei dem Lande wieder in Gunst zu bringen. Die Clericalen werden es verdächtigen und das Misstrauen des Landes wird darum doch nicht aufhören. Die Situation bleibt eine ungemeine und der Erzbischof von Paris hat sehr zur unrechten Zeit einen neuen Zwischenfall aufgeworfen, dessen das Cabinet nicht bedurfte und der alle Befürchtungen recht fertigte, welche man wegen der allgemeinen Führung unserer Politik nach innen und außen begannen konnte.

[Ein deutscher Katholik.] Der orleanistische „Soleil“ veröffentlicht folgenden Brief, den ein „deutscher Katholik“ an Auguste Nicolas, den Verfasser der Schrift: „La Révolution et l'Ordre chrétien“ geschrieben hat:

Mein Herr! Ich erlaube mir, Sie zu bitten, daß Sie mir gestatten, Ihr ausgezeichnetes Buch „La Révolution et l'Ordre chrétien“ ins Deutsche zu übersetzen. Wenn Sie die Bewegungen, die sich seit dem unheilvollen Kriege von 1870/71 im Schoße der katholischen Partei Deutschlands vollzogen, mit aufmerksamen Blicken verfolgt haben, so werden Sie der Überzeugung geworden sein, daß diese Antipathie zu überwinden gewußt und ist nicht davor zurückgeschreckt, den Landesgerichts-Hof in Frankreich errichtet worden ist, Gerechtigkeit zu erhalten. So haben wir deutschen Katholiken denn nur einen Anker der Hoffnung in Frankreich, mit dem wir uns in Gedanken und Empfindungen vereint fühlen. Ich brauche nicht ausdrücklich zu bemerken, daß damit das katholische Frankreich gemeint ist, das wahre Frankreich, die ungeheure Mehrzahl seiner Kinder, und daß ich von demselben, gleich verderbten Zweigen von einem grünenden Baume, jene wenigen Kinder der Revolution trenne,